

Das Lernen von Sprachen soll sich lohnen

Die Junge CVP setzt sich für eine Stärkung der Sprachausbildung in der Berufslehre ein. Dies ist das Resultat eines Workshops am Schwarzsee. Die Jungpartei schlägt ein Massnahmenpaket zur Lösung des Problems vor.

SCHWARZSEE Die Sprachkenntnisse der Jugendlichen in der Berufsausbildung sind aus Sicht der Jungen CVP Freiburg verbesserungswürdig. Laut einer Mitteilung nach einem Workshop am Schwarzsee dieses Wochenende fordert die Jungpartei nun die Einführung einer «Zusatzqualifikation Sprachen» für das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis (EFZ).

Damit soll das Erlernen einer weiteren Landessprache für junge Menschen gefördert werden. Die Partei setzt auch darauf, dass Lehrlinge, die ihre Fähigkeiten in der Partnersprache verbessern, mehr Anerkennung erhalten. Ein Eintrag in das EFZ würde dies verstärken und die Schüler zum Sprachenlernen motivieren.

Im Kern der Überlegungen stehen die heute bestehenden Möglichkeiten des Sprachaustausches, die Gymnasialschülern und Studierenden vorbehalten sind. Lehrlinge haben diese Angebote nicht, so die Junge CVP. Und dies sei nicht gerecht. Die Partei schlägt vor, die existierenden Ressourcen von Unternehmen und Gastfamilien für die Lehrlinge in Anspruch zu nehmen.

An der Veranstaltung nahm auch CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach teil. Aus ihrer Sicht sind die Ansätze der Jungen interessant, um die schwelende Sprachenfrage anzugehen. Sie will diese Forderung in den Nationalrat einbringen. Das Ziel ist eine nationale Plattform, welche die

Interessen und Angebote aller Beteiligten verbindet.

Der Forderungskatalog der Jungen CVP umfasst weitere Punkte. Sie haben alle zum Ziel, für Jugendliche bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. So soll eine Studienbeihilfe für Lehrlinge im Sprachaustausch eingerichtet werden. Die Junge CVP nimmt für die Mobilitätshilfe den Fonds für das Erasmus-Austauschprogramm für Universitätsstudierende zum Vorbild. Ausserdem sollen für die Lehrlinge Rabatte auf Bahntarife gewährt werden können.

Die Partei verspricht sich vom besseren Sprachaustausch einen Mehrwert für Unternehmen, zum Beispiel in den Bereichen Büroautoma-

tion und Handel. Unter anderem seien Kostenreduktionen im Personalbereich zu erwarten. Denn nachträgliche Sprachkurse für junge Angestellte würden nicht mehr nötig. Konsumenten sollten anhand eines Labels Unternehmen identifizieren können, die in diese Sprachprogramme investieren. Und ein nationaler Preis sollte Unternehmen für solche Investitionen belohnen. Ausserdem sollten Lehrlinge für berufliche Erfahrung, Engagement im Militär, in der Politik und im humanitären Bereich sowie für Mutterschaft belohnt werden. Schliesslich stellt sich die Partei eine Anerkennung des Bachelors in der Berechnung der Erwerbsersatzordnung vor. *fa*